Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 11. Oktober 2021
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	31
Bleck, Andreas (AfD)	24, 25, 26	Mohamed Ali, Amira (DIE LINKE.)	51
Braun, Jürgen (AfD)	27, 28	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	54
Cezanne, Jörg (DIE LINKE.)	46, 47, 48	Müller, Alexander (FDP)	32
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	2, 3, 4, 40	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	17, 55, 56
Emmerich, Marcel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19, 20
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	29	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 37
Hartwig, Roland, Dr. (AfD)	12	Schäffler, Frank (FDP)	8
Hess, Martin (AfD)	13, 14, 15	Schinnenburg, Wieland, Dr. (FDP)	41
Hessel, Katja (FDP)	33	Schnieder, Patrick (CDU/CSU)	34, 35
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	53	Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	52
Houben, Reinhard (FDP)	30	Seitz, Thomas (AfD)	42
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	5, 6	Tackmann, Kirsten, Dr. (DIE LINKE.)	38, 39
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Todtenhausen, Manfred (FDP)	36
Lühmann, Kirsten (SPD)	49, 50	Troost, Axel, Dr. (DIE LINKE.)	9
Martens, Jürgen, Dr. (FDP)	16	Wagenknecht, Sahra, Dr. (DIE LINKE.)	43, 44
		Weyel, Harald, Dr. (AfD)	10, 21, 45

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes		
Renner, Martina (DIE LINKE.)	1	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen		
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	2, 3, 4	
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	5	
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6	
Schäffler, Frank (FDP)	6	
Troost, Axel, Dr. (DIE LINKE.)	7	
Weyel, Harald, Dr. (AfD)	7	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat		
Emmerich, Marcel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	
Hartwig, Roland, Dr. (AfD)	10	
Hess, Martin (AfD)	10, 11, 12	
Martens, Jürgen, Dr. (FDP)	13	
Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	13	
Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 16	
Weyel, Harald, Dr. (AfD)	16	
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes		
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	
Bleck, Andreas (AfD)	17, 18	
Braun, Jürgen (AfD)	18	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie		
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	19	
Houben, Reinhard (FDP)	20	
Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	20	
Müller, Alexander (FDP)	23	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales		
Hessel, Katja (FDP)	23	
Schnieder, Patrick (CDU/CSU)	24	
Todtenhausen, Manfred (FDP)	25	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung		
Renner, Martina (DIE LINKE.)	27	
Tackmann, Kirsten, Dr. (DIE LINKE.)	27, 28	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit		
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	28	
Schinnenburg, Wieland, Dr. (FDP)	29	
Seitz, Thomas (AfD)	31	
Wagenknecht, Sahra, Dr. (DIE LINKE.)	31, 33	
Weyel, Harald, Dr. (AfD)	33	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur		
Cezanne, Jörg (DIE LINKE.)	34, 35	
Lühmann, Kirsten (SPD)	35, 36	
Mohamed Ali, Amira (DIE LINKE.)	36	

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	37	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	38
		Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	39, 40
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	38		

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.) Seit wann und in welchem Umfang setzt der Bundesnachrichtendienst die Spähsoftware „Pegasus“ bzw. andere Software der NSO Group Technologies ein (vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2021-10/pegasus-spionage-software-bnd-kaeuffer-einsatz-israel)?

Antwort des Staatssekretärs Johannes Geismann vom 15. Oktober 2021

Die Beantwortung der Frage betrifft solche Informationen, die in besonders hohem Maße das Staatswohl berühren und daher selbst in eingestufteter Form nicht beantwortet werden können. Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist nach sorgfältiger Abwägung der widerstreitenden Interessen zu der Auffassung gelangt, dass eine Beantwortung der Frage nicht erfolgen kann. Das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung findet seine Grenzen in den gleichfalls Verfassungsrang genießenden schutzwürdigen Interessen des Staatswohls. Eine Offenlegung der angefragten Informationen birgt die Gefahr, dass Einzelheiten zu konkreten Methodik und zu in hohem Maße schutzwürdigen spezifischen technischen Fähigkeiten des BND bekannt würden. Infolgedessen könnten sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf spezifische Vorgehensweisen und Fähigkeiten des BND ziehen. Dies könnte folgenschwere Einschränkungen der Informationsgewinnung und Analysefähigkeit zur Folge haben, womit letztlich der gesetzliche Auftrag des BND – die Sammlung und Auswertung von Informationen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind (§ 1 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst – BNDG) – nicht mehr sachgerecht erfüllt werden könnte. Die Gewinnung von auslandsbezogenen Informationen ist für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und für die Aufgabenerfüllung des BND jedoch unerlässlich. Sofern die Gewinnung solcher Informationen entfallen oder wesentlich zurückgehen sollten, würden empfindliche Informationslücken auch im Hinblick auf die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland drohen.

Selbst eine VS-Einstufung und Hinterlegung der angefragten Informationen in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages würde ihrer erheblichen Bedeutung für die Aufgabenerfüllung des BND nicht ausreichend Rechnung tragen. Die angefragten Inhalte beschreiben die Fähigkeiten und Arbeitsweisen des BND so detailliert, dass eine Bekanntgabe auch gegenüber einem begrenzten Kreis von Empfängern ihrem Schutzbedürfnis nicht Rechnung tragen kann. Dies gilt insbesondere für die Nutzung nachrichtendienstlich relevanter Techniken oder Fähigkeiten. Bei einem Bekanntwerden der schutzbedürftigen Information wäre kein Ersatz durch andere Instrumente der Informationsgewinnung möglich.

Hieraus ergibt sich, dass die erbetenen Informationen in ihrer Detailtiefe derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen berühren, dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht in die-

sem besonderen Einzelfall wesentlich überwiegt. Insofern muss ausnahmsweise das Fragerecht der Abgeordneten gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen. Die Beantwortung der Frage kann aus Staatswohlgründen nicht erfolgen, weil die Kooperationen des BND mit Unternehmen und Personen besonders schützenswert sind. Vorliegend ergäbe sich aus der Nutzung der Software die vertragliche Beziehung zu dem Unternehmen. Dabei ist der Umstand, dass die Antwort verweigert wird, weder als Bestätigung noch als Verneinung des angefragten Sachverhalts zu werten.

Die einzelnen Kooperationspartner arbeiten mit dem BND nur unter der Voraussetzung zusammen, dass die konkrete Kooperation mit ihnen – auch nicht mittelbar – preisgegeben, sondern absolut vertraulich behandelt wird. Dies bedeutet, dass die geheimhaltungsbedürftigen Informationen zu und aus der Kooperation nicht außerhalb des BND weitergegeben werden dürfen. Eine Offenlegung der Kooperationspartner würde das Ansehen des BND und das Vertrauen in diesen daher weltweit erheblich schädigen. Dementsprechend bestünde die ernstzunehmende Gefahr eines weitreichenden Wegfalls von Kooperationsmöglichkeiten nicht nur mit zivilen Firmen. Würde die Bundesregierung die Informationen freigeben, so wäre zudem zu befürchten, dass Kooperationspartner ihrerseits die Vertraulichkeit nicht oder nur noch eingeschränkt wahren würden. Dies alles würde dem deutschen Staatswohl zuwiderlaufen. In der Konsequenz könnte es künftig zu einem Rückgang oder zum Wegfall zukünftiger Vertragspartner und in der Folge zu einem Wegfall der Erkenntnisgewinnung des BND kommen. Dies hätte signifikante Informationslücken und negative Folgewirkungen für die Abbildung der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Hinblick auf den Schutz deutscher Interessen im Ausland zur Folge. Insofern muss ausnahmsweise das Fragerecht der Abgeordneten gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter **Fabio De Masi** (DIE LINKE.)
- Gab es Kommunikation zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs im Zusammenhang mit Cum-Ex und/oder M.M. Warburg & CO (AG & Co.) Kommanditgesellschaft auf Aktien, und wenn ja, welche (www.zeit.de/wirtschaft/ausland/2021-09/cum-ex-geschaeft-hamburg-durchsuchung-johannes-kahrs-spd)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 12. Oktober 2021

Es wird auf Basis von Angaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wie folgt geantwortet:

Aufgabenbedingt pflegen Mitglieder der BaFin Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren. Eine abschließende Auflistung sämtlicher Kommunikation kann daher nicht gewährleistet werden. Insbesondere bei größeren Veranstaltungen (z. B. Festakten, Vorträgen) lässt sich vielfach nicht mehr rekonstruieren, welche Personen konkret teilgenommen haben und welche Gespräche anlässlich dieser Veranstaltungen im Einzelnen geführt worden sind. Eine vollständige und umfassende Aufstellung über all diese Kontakte existiert nicht, weil derartige Teilnahmen, Termine und Gespräche nicht festgehalten werden. Sie lässt sich im Nachgang auch nicht rekonstruieren. Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. von deren Ergebnissen – einschließlich Telefonate – besteht nicht und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu auch die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Buchholz u. a. und der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174).

Die BaFin hat zu der Schriftlichen Frage eine behördeninterne Abfrage durchgeführt. Diese ergab, dass sich im Kalender des ehemaligen Präsidenten der BaFin, Felix Hufeld, ein Eintrag am 1. September 2016 über ein Telefonat mit Johannes Kahrs zum Thema „Cum-Ex“ findet. Ob dieses Telefonat tatsächlich stattgefunden hat, lässt sich im Nachhinein nicht mehr aufklären. Aufzeichnungen über etwaige Gesprächsinhalte liegen bei der BaFin nicht vor.

3. Abgeordneter **Fabio De Masi** (DIE LINKE.) Hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) aufsichtsrechtliche Maßnahmen hinsichtlich der Unternehmerin Northern Data AG ergriffen, und wenn ja, welche (vgl. www.wiwo.de/my/finanzen/boerse/northern-data-neue-details-zur-straftanzeige-wegen-mutmasslicher-marktmanipulation/27665770.html?ticket=ST-7396234-ojduAP0aWuDsIxnrx9v-ap3)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 12. Oktober 2021

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main im Zusammenhang mit der Northern Data AG Strafanzeige wegen mutmaßlicher Marktmanipulation gestellt. Die Aufsicht der BaFin hinsichtlich des Unternehmens ist auf die Marktaufsicht beschränkt. Im Rahmen dieser Marktaufsicht erfolgte die Strafanzeige nach Mitteilung der BaFin wegen des Verdachts der Marktmanipulation; die BaFin hat dabei ergänzend auch auf Verdachtsmomente bezüglich des Betrugs hingewiesen.

Da es sich bei der Northern Data AG um einen ausschließlich im Freiverkehr notierten Emittenten handelt, ist die Durchführung eines Bilanzkontrollverfahrens auf Grundlage der §§ 106 ff. des Wertpapierhandelsgesetzes nicht möglich. Ein solches ist nur für Unternehmen möglich, deren Wertpapiere zum Handel am organisierten Markt zugelassen sind.

4. Abgeordneter **Fabio De Masi** (DIE LINKE.) Welche Treffen haben seit Beginn der 19. Legislaturperiode zwischen Mitgliedern der Bundesregierung (inkl. Staatssekretären und Staatssekretärinnen) und Gerhard Schröder stattgefunden (bitte die letzten neun Treffen nach Zeitpunkt, Inhalt und Teilnehmern aufschlüsseln)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 14. Oktober 2021

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre pflegen im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche und auch Kommunikation in anderen Formen (schriftlich, elektronisch, telefonisch). Es ist weder rechtlich geboten noch im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z. B. sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber zu erstellen oder zu pflegen.

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnissen – einschließlich Telefonaten – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Die Bundesregierung nimmt zum Inhalt vertraulicher Gespräche keine Stellung; zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig; im Sinne der Fragestellung sind die letzten neun daraus ersichtlichen Termine im Folgenden aufgelistet.

24. März 2020	Bundesminister Hubertus Heil (Telefonat)
23. Juni 2020	Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
20. August 2020	Bundesminister Olaf Scholz
3. September 2020	Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg, weiterer Teilnehmer: Michael Reizel, BVUK
13. Oktober 2020	Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese, weitere Gäste (Gedenkfeier für Wolfgang Clement in Bonn)
13. November 2020	Bundesminister Olaf Scholz (Telefonat)
30. September 2021	Bundesminister Olaf Scholz (Telefonat)
4. Oktober 2021	Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
6. Oktober 2021	Bundesminister Olaf Scholz

5. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung Änderungsbedarfe an der derzeitigen Rechts- und Regelungslage, nach der Rückforderungen (auf Grund unterlassener Information der Kindergeldstelle durch Grundsicherungsbeziehende) zu Unrecht bewilligten Kindergeldes auch dann nicht erlassen werden, wenn das Kindergeld bereits auf Grundsicherungsleistungen angerechnet wurde, der/die Leistungsbeziehende daher nicht von der Bewilligung profitierte und sich darüber hinaus ihren/seinen Informationspflichten gegenüber der Familienkasse nicht bewusst war, und falls ja, welche?
6. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren die Rückforderungen des zu Unrecht bewilligten Kindergeldes jeweils in den vergangenen fünf Jahren, und welcher Anteil (absolut und relativ) entfiel auf Leistungsbezieherinnen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 12. Oktober 2021

Die Fragen 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet.

Die Familienkasse kann Kindergeld-Rückforderungsansprüche erlassen, wenn das Kindergeld bei der Gewährung von Grundsicherungsleistungen als Einkommen berücksichtigt wurde. Voraussetzung ist, dass die Einziehung der Rückforderungsansprüche sachlich unbillig wäre. Dabei handelt es sich um eine Ermessensentscheidung der Familienkasse, bei der auch zu berücksichtigen ist, ob die Rückforderung des Kindergeldes auf ein Fehlverhalten des Kindergeldempfängers zurückzuführen ist und welche näheren Umstände ggf. zu dem Fehlverhalten geführt haben.

Die Höhe des von der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit zurückgeforderten Kindergeldes betrug

im Jahr 2016	174.226.355,19 Euro,
im Jahr 2017	206.367.665,95 Euro,
im Jahr 2018	287.482.162,24 Euro,
im Jahr 2019	263.173.056,56 Euro und
im Jahr 2020	221.941.746,09 Euro.

Welcher absolute und relative Anteil davon auf Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII entfiel, wird statistisch nicht erhoben.

7. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Rat der EU für eine Verlängerung um zwei Monate der Frist für die Erhebung von Einwänden zum ersten delegierten Rechtsakt der EU-Kommission im Rahmen der Taxonomie-Verordnung (Verordnung (EU) 2020/852) gestimmt (d. h. für eine Verlängerung bis zum 8. Dezember 2021, vgl. https://ec.europa.eu/finance/docs/level-2-measures/taxonomy-regulation-delegated-act-2021-4987_en.pdf), und birgt diese Verschiebung aus Sicht der Bundesregierung das Risiko, dass manche EU-Länder die Verabschiedung aller delegierten Rechtsakte im Dezember 2021 verhindern, solange Gas und Atom nicht als nachhaltige Aktivitäten mit einbezogen werden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 11. Oktober 2021

Gemäß Artikel 23 Absatz 6 der Verordnung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen („Taxonomie-Verordnung“, Verordnung (EU) 2020/852) tritt ein von der Europäischen Kommission erlassener Delegierter Rechtsakt in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben. Im Rat haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt 16 EU-Mitgliedsländer für eine Verlängerung der Einwandsfrist um zwei Monate bis zum 8. Dezember 2021 ausgesprochen. Auch die Bundesregierung hatte sich für eine Verlängerung ausgesprochen. Die Frist kann nur einmal verlängert werden.

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Informationen dazu vor, wie sich die Verlängerung der Einwandsfrist auf das Abstimmungsverhalten der anderen EU-Mitgliedsländer auswirkt.

8. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Wie hoch waren die Gesamtkosten für (externe) Beratungen oder Analysen für die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchung (FIU) in der 19. Legislaturperiode, und welche Beratungsunternehmen haben Gutachten bzw. Analysen (bitte Anzahl je Beratungsunternehmen angeben) hinsichtlich einer FIU-Reform erstellt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 12. Oktober 2021

Die Gesamtkosten für (externe) Beratung oder Analysen im Sinne der Fragestellung, d. h. im Zusammenhang mit möglichen fachlichen Reformen der Financial Intelligence Unit (FIU), belaufen sich auf rund 1,7 Mio. Euro brutto. Sämtliche hiervon erfassten Beratungsleistungen wurden von der Oliver Wyman GmbH erbracht. Diese teilen sich auf in zwei Auftragsverhältnisse mit jeweiligen Gesamtvolumina von rund

37.000 Euro brutto (Haushaltsjahr 2020) und rund 1.684.000 Euro brutto (Haushaltsjahr 2021).

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Mögliche Reform der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen“ auf Bundestagsdrucksache 19/32551 verwiesen.

9. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fälle von Cum-Cum-Geschäften werden nach Kenntnis der Bundesregierung von den Finanzbehörden in Deutschland derzeit geprüft, und in welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren von Finanzämtern in Deutschland Rückforderungen gegenüber Banken oder anderen Finanzdienstleistern aufgrund von Cum-Cum-Geschäften gestellt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 12. Oktober 2021

Derzeit befinden sich als Ergebnis der letzten Abfrage des Bundesministeriums der Finanzen bei den obersten Finanzbehörden der Länder und beim Bundeszentralamt für Steuern (Stand: 31. Dezember 2020) 102 Fallkomplexe in Bearbeitung. Nach aktuellem Kenntnisstand wurde bislang Kapitalertragsteuer in Höhe von ca. 135 Mio. Euro bestandskräftig zurückgefordert beziehungsweise nicht auf die Steuerschuld angerechnet.

10. Abgeordneter
Dr. Harald Weyel
(AfD)
- In welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung zwischenzeitlich Anleihen des Programms „Next Generation EU“, die im Juni 2021 siebenfach überzeichnet waren (<https://dzresearch.blog.dzbank.de/content/dzresearch/de/2021/06/17/eindrucksvoller-startersteanaliehemissionfuernextgenerationeupro.html>) von der Europäischen Zentralbank aufgekauft?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Bettina Hagedorn vom 12. Oktober 2021

Schuldtitel der EU werden im Rahmen des „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP) und im Rahmen der Käufe öffentlicher Schuldtitel im „Pandemie Emergency Purchase Programme“ (PEPP) aufgekauft. Die Entscheidung darüber, wie viele EU-Anleihen durch das Eurosystem aufgekauft werden, wird im Rahmen des bestehenden Rechtsrahmens und mit Blick auf die Zentralbankunabhängigkeit gemäß Artikel 130 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) von der Europäischen Zentralbank (EZB) getroffen. Die EZB veröffentlicht aggregierte Bestände von „Suprationals“, zu denen u. a. Anleihen der EU gehören. Im Rahmen des PSPP hat das Eurosystem bis Ende September 2021 supranationale Anleihen in Höhe von 268,104 Mrd. Euro

und im Rahmen des PEPP bis Ende Juli 2021 in Höhe von 111,925 Mrd. Euro erworben. Auf Beschluss des EZB-Rats werden diese aggregierten Bestände aber nicht weiter nach Emittenten oder Einzelanleihen aufgeschlüsselt. Der Bundesregierung liegen weitere Informationen daher nicht vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

11. Abgeordneter **Marcel Emmerich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Finanzierungsprobleme bei semiprofessionellen Fußballvereinen der Regionalligen des DFB (Deutscher Fußball Bund, 4. Liga), die nicht die Corona-Hilfen von Bund und Ländern nutzen können (www.swp.de/sport/fussball-lokal/donau-iller/regionalliga-suedwest-corona-fussball-regionalligisten-hoffen-auf-finanzielle-hilfen-vom-land-baden-wuerttemberg-55420915.html), und welche Möglichkeiten bestehen für die Fußballvereine der Regionalligen des DFB, um die wirtschaftlichen Ausfälle durch Corona-Beschränkungen zu kompensieren (bitte nach Möglichkeit eine Auflistung aller Bundesprogramme zur Abmilderung coronabedingter Ausfälle)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Kerber vom 14. Oktober 2021

Für die „Coronahilfen Profisport“ des Bundes hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seinen Beschlüssen (zuletzt am 26. November 2020) das Antragsrecht auf Vereine und Unternehmen mit Mannschaften in einer 1., 2. oder 3. Liga – ausgenommen die 1. und 2. Fußballbundesliga der Herren – beschränkt. An diese Vorgabe ist das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bei der Umsetzung der „Coronahilfen Profisport“ gebunden. Dem BMI ist nicht bekannt, welche Fußballvereine der Regionalligen die Corona-Hilfen des Bundes und der Länder aufgrund dieser Beschränkung nicht nutzen können.

Die Programme „Überbrückungshilfe I bis III Plus“ unterstützen Unternehmen mit coronabedingten Umsatzeinbrüchen mit Zuschüssen zu den betrieblichen Fixkosten. Unternehmen aller Branchen sind grundsätzlich antragsberechtigt. Dies gilt auch für gemeinnützige Unternehmen beziehungsweise Sozialunternehmen, Organisationen und Vereine. Entsprechend sind auch Sportvereine antragsberechtigt, wenn sie die Antragsvoraussetzungen erfüllen. Eine Anrechnung von weiteren coronabedingten Zuschussprogrammen des Bundes, der Länder oder der Kommunen auf die Corona-Überbrückungshilfe findet statt, wenn sich der Förderzweck und -zeitraum überschneiden.

Weiterhin waren Vereine des Freizeit- und Amateursportbetriebs bei den außerordentlichen Wirtschaftshilfen „November-“ und „Dezemberhilfe“ antragsberechtigt.

Diese Hilfen unterstützten Unternehmen aller Größen (auch öffentliche und gemeinnützige), Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, Soloselbstständige und selbstständige Angehörige der Freien Berufe im Haupterwerb aller Branchen, deren wirtschaftliche Tätigkeit vom coronabedingten Lockdown im November und Dezember 2020 betroffen war, mit Zuschüssen in Höhe von 75 Prozent des Referenzumsatzes im Jahr 2019.

Profi- und Semiprofisportvereine fallen nicht unter den Beschluss von Bund und Ländern vom 28. Oktober 2020 und waren demzufolge nicht antragsberechtigt.

Die Inanspruchnahme der einzelnen Programme durch Sportvereine kann auf Basis der Kennzahlen der Wirtschaftszweigklassifikation (Destatis) in den vorliegenden Daten ausgewertet werden. Die entsprechenden Daten für die Kennzahlen 93.12 und 93.12.0 „Sportvereine“ zum Stand 11. Oktober 2021 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Überbrückungs- hilfe I	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12	19	335.211,16 €	300.499,76 €
R93.12.0	329	2.925.426,85 €	2.561.229,62 €
Gesamtergebnis	348	3.260.638,00 €	2.861.729,38 €

Überbrückungs- hilfe II	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12.0	723	8.649.107,87 €	7.712.785,27 €

Überbrückungs- hilfe III	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12.0	1.887	88.863.848,48 €	61.806.732,16 €

Überbrückungs- hilfe III Plus	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12.0	48	941.108,01 €	505.182,48 €

Novemberhilfe	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12.0	3.407	28.252.505,11 €	26.577.137,90 €

Dezemberhilfe	Anzahl Anträge	beantragte Summe	ausgezahlte Fördersumme
R93.12.0	3.015	28.406.698,09 €	26.643.411,52 €

Schließlich ist noch der Bundesfonds „Härtefallhilfen“ zu erwähnen.

Die Härtefallhilfen richten sich speziell an solche Unternehmen, bei denen die allgemeinen Corona-Hilfen des Bundes, der Länder und der Kommunen nicht greifen, zum Beispiel die Überbrückungshilfen, die Novemberhilfe und die Dezemberhilfe.

Die Härtefallhilfen werden durch die Länder geregelt. Das jeweilige Bundesland prüft den Einzelfall und entscheidet nach eigenem Ermes-

sen, wer eine Härtefallhilfe erhält. Weitere Informationen können der Webseite www.haertefallhilfen.de entnommen werden.

12. Abgeordneter
Dr. Roland Hartwig
(AfD)
- Wie ist der aktuelle Stand der Anzahl von Asylgesuchen, die von aus Afghanistan evakuierten Personen auf der Air Base Ramstein und den Rhine Ordnance Barracks in Kaiserslautern an die Bundespolizei herangetragen wurden (bitte die genaue Anzahl angeben)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 15. Oktober 2021**

Mit Stand vom 8. Oktober 2021 hat die Bundespolizei im Rahmen der grenzpolizeilichen Einreisekontrollen auf der Air Base Ramstein, einschließlich der Rhine Ordnance Barracks in Kaiserslautern, 277 Asylgesuche entgegengenommen.

13. Abgeordneter
Martin Hess
(AfD)
- Inwieweit beziehungsweise mit welchen Ergebnissen/Zwischenergebnissen ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Erprobung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (sog. Taser) durch die Bundespolizei abgeschlossen worden, und in welchem Zeitraum kann in diesem Kontext nach jetzigem Planungsstand mit einer Einführung/Beschaffung für die Bundespolizei gerechnet werden (www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/stromstoesse-stat-t-schusswaffe-bundespolizei-testet-taser-am-berliner-ostbahnhof/26604998.html)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 12. Oktober 2021**

Die ersten Ergebnisse aus dem seit November 2020 laufenden Pilotprojekt bei der Bundespolizei zum Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) sind positiv und zeigen den hohen Wert des Einsatzmittels. Die Erprobungsdienststellen berichten bisher von einer deutlich deeskalierenden Wirkung allein durch Androhung des DEIG. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen erleichtert das DEIG den eingesetzten Kräften der Bundespolizei die verhältnismäßige Anwendung von unmittelbarem Zwang und ergänzt die bereits vorhandenen Führungs- und Einsatzmittel in sinnvoller Weise. Es gewährleistet somit ein lageangepasstes und abgestuftes Handeln und trägt zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Einsatzkräfte bei.

Nach derzeitiger Planung endet die Erprobung im November 2021 mit Erstellung eines Abschlussberichtes. Eine abschließende Bewertung der Bundesregierung hinsichtlich einer Einführung des Führungs- und Einsatzmittels für die Bundespolizei erfolgt nach Auswertung des Abschlussberichtes.

14. Abgeordneter
Martin Hess
(AfD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass der Internetseite „de.indymedia.org“ Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff im Hinblick auf ihre technische Umsetzbarkeit gegeben werden, und hält sie es für vertretbar, dass solche Internetseiten, auf denen unter anderem auch Todeslisten veröffentlicht werden, nach wie vor abrufbar sind (<https://archive.is/bZAtR>; www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/parteien/afd/afd-todesliste-mordaufrufe-gegen-bjoern-hoecke-und-co-2149528)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 14. Oktober 2021**

Nach dem Verbot von „linksunten.indymedia“ im August 2017 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat sich die Internetplattform „de.indymedia“ zum wichtigsten Informations- und Propagandamedium der linksextremistischen Szene im deutschsprachigen Raum entwickelt. Die Plattform „de.indymedia“ steht daher im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Im Rahmen des täglichen Monitorings des offenen Internets (OSINT) im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – links – werden zahlreiche Veröffentlichungen, auch auf der Internetplattform „de.indymedia.org“, durch das Bundeskriminalamt (BKA) gesichtet und auf strafrechtliche Relevanz geprüft. Bei Feststellung konkreter Verdachtsfälle werden diese – soweit nicht bereits durch eigene Recherchen bzw. Strafanzeigen dort bekannt – zuständigkeitshalber an die Polizeien der Länder gesteuert zur eigenen Bewertung und Vorlage bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Über in den Ländern geführte Strafverfahren liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Wie den Medien zu entnehmen ist, ermitteln zwei Landeskriminalämter gegen die unbekanntes Täter.

Das Bekanntwerden von Informationssammlungen im Zusammenhang mit extremistischen Bestrebungen oder im Rahmen von Spionage eröffnet auch die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 1 bzw. Nummer 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

Entsprechend findet hier im Rahmen des gesetzlichen Auftrages und der gesetzlichen Befugnisse eine Auswertung der Informationssammlungen statt, dies auch im Hinblick auf ein eventuell in Betracht kommendes Verbot nach dem Vereinsgesetz. Weitergehende Auskünfte hierzu können nicht erteilt werden, um den Erfolg eventueller sicherheitsbehördlicher Maßnahmen nicht zu gefährden.

15. Abgeordneter
Martin Hess
(AfD)
- Wie viele Angriffe auf Wahlplakate der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien erfolgten jeweils nach Kenntnis der Bundesregierung im Kontext der Bundestagswahlen (bitte CDU/CSU als Union zusammenfassen sowie nach PMK-rechts, PMK-links und „Sonstige/Rest“ aufschlüsseln, wobei unter der Rubrik „Sonstige/Rest“ alle weiteren PMK-Bereiche sowie die nicht zuzuordnenden Angriffe als Restsumme verstanden werden)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 13. Oktober 2021**

Für die Beantwortung wurde auf Zahlenmaterial des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) zurückgegriffen. Der Terminus „Angriff“ ist in den Unterlagen zum Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen der Politisch motivierten Kriminalität (KPMD-PMK) nicht definiert. Ausgewiesen werden im Folgenden sämtliche im Rahmen des KPMD-PMK gemeldeten Straftaten im Sinne der Fragestellung.

In der zentralen PMK-Fallzahlendatei des Bundeskriminalamtes (BKA) wurde mit folgenden Suchparametern recherchiert:

- Tatzeit 1. Januar bis 30. September 2021
- Unterthemenfeld (UTF) „Bundestagswahlen“
- Unterangriffsziel (UAZ) „Wahlplakat“

Von den mit diesen Suchparametern erfassten Straftaten entfallen

- 1.355 auf das UAZ „AfD“,
- 637 auf das UAZ „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“,
- 466 auf das UAZ „CDU/CSU“,
- 228 auf das UAZ „DIE LINKE.“,
- 118 auf das UAZ „FDP“,
- 222 auf das UAZ „SPD“ und
- 389 auf das UAZ „Sonstige Partei“.

Bezüglich der Aufteilung der o. g. Straftaten auf die Phänomenbereiche der PMK wird auf die anliegende übermittelte Fallzahlaufstellung verwiesen.

	Links	Rechts	Ausländische Ideologie	Religiöse Ideologie	Nicht zuzuordnen	Summe
AfD	728	3	0	0	624	1.355
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8	70	0	0	559	637
CDU/CSU	36	32	0	0	398	466
DIE LINKE.	0	98	0	0	130	228
FDP	6	10	0	0	102	118
SPD	3	14	0	0	205	222
Sonstige Partei	154	12	0	0	223	389

Abfragedatum: 8. Oktober 2021

Die Fallzahlen aus dem laufenden Jahr haben vorläufigen Charakter und sind durch Nach- bzw. Änderungsmeldungen noch teils erheblichen Veränderungen unterworfen.

16. Abgeordneter **Dr. Jürgen Martens** (FDP) Wie viele verfolgte Oppositionelle und besonders schutzbedürftige Personen aus Belarus hat die Bundesrepublik Deutschland im Juli, August und September 2021 Zuflucht gewährt (bitte pro Monat aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 12. Oktober 2021**

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat im Monat Juli 2021 in acht Fällen, im Monat August 2021 in zwei Fällen und im Monat September 2021 in keinem Fall eine Aufnahmezusage nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes für in Belarus politisch Verfolgte und – soweit vorhanden – ihre Kernfamilien erteilt.

Nach Kenntnis der beteiligten Behörden sind im Monat Juli 2021 sechs Oppositionelle und ihre Kernfamilien (insgesamt 14 Personen), im Monat August 2021 sechs Oppositionelle und ihre Kernfamilien (insgesamt 17 Person) sowie im Monat September 2021 vier Oppositionelle und ihre Kernfamilien (insgesamt 16 Personen) nach Deutschland eingereist.

17. Abgeordnete **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.) Wie viele Menschen starben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren mutmaßlich infolge von Einsätzen von Pfefferspray und Tasern (bitte getrennt aufführen) durch die Polizei bzw. das Spezialeinsatzkommando, und inwiefern werden Todesfälle infolge von Polizeieinsätzen mit Pfefferspray, Tasern und im Allgemeinen in Deutschland statistisch erfasst?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 15. Oktober 2021**

Todesfälle im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pfefferspray und von Distanzelektroimpulsgeräten werden im Zuständigkeitsbereich des Bundes statistisch erfasst. Todesfälle, die bei Polizeieinsätzen im Zuständigkeitsbereich des Bundes im kausalen Zusammenhang mit dem vorherigen Einsatz von Pfeffersprays oder von Distanzelektroimpulsgeräten (umgangssprachlich Taser) stehen, gab es in den letzten fünf Jahren nicht.

Antworten auf Fragen zu Polizeieinsätzen und Zwangsmittelanwendungen in der Zuständigkeit der Polizeien der Länder obliegen den dort verantwortlichen Stellen.

18. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Stand (insbesondere zeitliche Planung mit angedachtem Abschluss und konkrete Inhalte) der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über ein neues Abkommen zur Regelung des transatlantischen Datenaustauschs als Ersatz für die vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) wiederholt als ungültig erklärten Abkommen (Rechtssache C 362/14 „Schrems I“ zum Safe Harbor-Abkommen sowie Rechtssache C-311/18 „Schrems II“ zum Privacy Shield-Abkommen; www.politico.eu/article/washington-transatlantic-data-deal-brussels/)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 12. Oktober 2021**

Für den Erlass von Angemessenheitsbeschlüssen gemäß Artikel 45 der Datenschutz-Grundverordnung als Grundlage für die Datenübermittlung in ein Drittland wie die Vereinigten Staaten von Amerika ist die Europäische Kommission zuständig, die den Mitgliedstaaten über den Stand der vorbereitenden Verhandlungen berichtet. Nach Kenntnis der Bundesregierung werden in den Gesprächen zwischen der Europäischen Kommission und den Vereinigten Staaten von Amerika zu einem erneuten Angemessenheitsbeschluss nunmehr konkrete Möglichkeiten für die Umsetzung der Anforderungen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Rechtssache C-311/18 – „Schrems II“, erörtert. Nach Aussage der Europäischen Kommission habe man erste Fortschritte erreicht, wesentliche Fragen seien aber noch zu klären. Ein konkreter Zeitplan zum Abschluss der Gespräche bestehe derzeit noch nicht. Ziel ist es, eine rechtlich belastbare Lösung zu finden, die den Anforderungen der EuGH-Rechtsprechung entspricht.

19. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Umsetzungsmaßnahmen wurden im Hinblick auf das Programm „Polizei 2020“ seit der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. „Stand des Programms ‚Polizei 2020‘ im Spätherbst 2020“ auf Bundestagsdrucksache 19/25651, insbesondere Antwort der Bundesregierung zu Frage 4) unternommen, und welche privatwirtschaftlichen Akteure sind an diesen Maßnahmen zur Realisierung des Programms nach Kenntnis der Bundesregierung durch öffentliche Behörden auf Länder- oder Bundesebene – abseits der Beschaffungsvorhaben über „VeRA“ – beteiligt worden bzw. sollen beteiligt werden (bitte auflisten)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 14. Oktober 2021**

Mit der im vierten Quartal 2021 bevorstehenden europaweiten Bekanntmachung zur Ausschreibung für die Beauftragung eines Generalunternehmens wird in Kürze ein nächster wichtiger Projektschritt zur Umsetzung des Programms Polizei 2020 erreicht. Der Generalunternehmer wird ein IT-Dienstleister sein, der u. a. die Konzeptionierung des Datenhausökosystems vornimmt, die technische Umsetzung begleitet und die Anbindung der Sachbearbeitungssysteme koordiniert. Er hat eine zentrale, koordinierend-steuernde Rolle zwischen den zahlreichen Dienstleistern im Programm. Der gegenwärtige Zeitplan sieht vor, dass ein Zuschlag im zweiten Quartal 2022 erfolgen soll.

Das grundsätzliche Programmvorgehen wurde dahingehend angepasst, dass die Vorgangsbearbeitungssysteme aufgrund ihrer hohen Relevanz für die polizeiliche Sachbearbeitung aus der Ausschreibung für einen Generalunternehmer gelöst und vor die Klammer gezogen werden. Dabei werden maximal vier ausgewählte leistungsfähige Bestandssysteme von Teilnehmern programmkonform ertüchtigt. Diese werden sodann anderen Teilnehmern kostenfrei und möglichst zeitnah zur Verfügung gestellt.

Die Bekanntmachung zur Ausschreibung des einheitlichen Asservatenmanagementsystems wird ebenfalls noch in diesem Jahr veröffentlicht.

Konkret realisiert werden derzeit das einheitliche Fallbearbeitungssystem und der Polizeiliche Informations- und Analyseverbund (PIAV), die Umsetzung erfolgt durch die rola security solutions GmbH. Das Verfahren PIAV-Strategisch ist am 1. Juli 2021 in den Wirkbetrieb gegangen. Die Implementierung wurde im Wesentlichen als Eigenleistung umgesetzt.

Für weitere Projekte, wie dem „Wiederholungsprognose Assistent (WiPras)“ und „Kinderpornographie – Auswertung von Massendaten mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz“ wurden Weiterentwicklungen vereinbart. Auch hier erfolgt die Umsetzung im Wesentlichen in Eigenleistung bzw. mit den IT-Dienstleistern der entsprechenden Länder.

Da etwaige Ausschreibungen ergebnisoffen durchgeführt werden, kann keine Aussage über zukünftige Umsetzungsdienstleister getroffen werden.

20. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Pläne von deutschen Sicherheitsbehörden auf Länder- und Bundesebene über eine (geplante oder erfolgte) Beschaffung der „verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA)“, und wie bewertet die Bundesregierung diese Informationen insbesondere hinsichtlich der grundrechtlichen Implikationen einer Verwendung der Plattform zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger unter anderem vor dem Hintergrund der von dem System eröffneten Möglichkeiten zu einem direkten Zugriff auf Daten aus unterschiedlichen Quellen sowie der weitreichenden Zusammenführung und Auswertung dieser Daten (vgl. <https://police-it.net/vera-verfahrenseuebergreifende-recherche-und-analyse>)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 13. Oktober 2021**

Der Bundesregierung ist bekannt, dass das Bayerische Landeskriminalamt die Beschaffung einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA) für die Polizei des Freistaates Bayern durchführt. Hierzu wird auf die entsprechende Bekanntmachung im TED (Tenders Electronic Daily), dem „Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union“, verwiesen. Zu laufenden Vergabeverfahren, insbesondere derer, die in der Verantwortung der Länder liegen, äußert sich die Bundesregierung nicht.

21. Abgeordneter
Dr. Harald Weyel
(AfD)
- Wie viele Afghanen, die seit dem Jahr 2021 aus Afghanistan evakuiert wurden und sich im Transit von in Deutschland befindlichen Militärbasen der Vereinigten Staaten entfernt haben, halten sich zurzeit in Deutschland auf (bitte nach Aufenthaltsstatus aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Helmut Teichmann
vom 11. Oktober 2021**

Die afghanischen Staatsangehörigen, die die Militärbasis verlassen haben, waren im Besitz einer Aufnahmezusage nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass einige afghanische Staatsangehörige, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika nach Deutschland ausgeflogen wurden, in Deutschland Asylanträge gestellt haben. Zur Anzahl dieser Asylanträge liegen derzeit keine statistisch belastbaren Daten vor.

Da die Frage auch so verstanden werden kann, ob sich Personen unerlaubt aus dem Transitbereich in das Bundesgebiet begeben haben, wird klarstellend darauf hingewiesen, dass sich keine Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit von der Militärbasis der Vereinigten Staaten von Amerika unerlaubt entfernt haben.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Personalaufstockung (Anzahl Personal und Dauer) reagierte die Bundesregierung auf den starken Anstieg von Visaanträgen an der Botschaft in Islamabad im Zuge der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan, und genügt diese Aufstockung nach Ansicht der Bundesregierung, um das hohe Aufkommen an Visaanträgen in angemessener Zeit zu bearbeiten?
23. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen durchschnittlichen Wartezeiten für einen Ersttermin im Konsulat sowie zwischen Ersttermin im Konsulat und dem Erhalt des beantragten Visums müssen Antragstellende in der deutschen Vertretung in Islamabad momentan rechnen?

**Antwort des Staatssekretärs Miguel Berger
vom 13. Oktober 2021**

Die Fragen 22 und 23 werden gemeinsam beantwortet.

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wurde die Visastelle an der Botschaft Islamabad mit insgesamt fünf Personen temporär für unterschiedliche Zeiträume von drei Wochen bis zu sechs Monaten zusätzlich verstärkt. Weitere Verstärkungen sind geplant.

Grundsätzlich soll das Personal in der Visastelle Islamabad aufgrund der in den vergangenen Jahren stetig steigenden Visumnachfrage und unter Berücksichtigung der vor Ort vorhandenen räumlichen Kapazitäten weiter verstärkt werden. Das hierfür notwendige diplomatische Verfahren ist bei der pakistanischen Regierung anhängig.

Aussagen zur durchschnittlichen Bearbeitungszeit für einen Visumantrag sind nicht möglich, da die Bearbeitungszeit im Einzelfall wesentlich von externen, einzelfallabhängig stark variierenden Faktoren wie z. B. Vollständigkeit der antragsbegründenden Unterlagen, Urkundenüberprüfungen und Bearbeitungszeiten bei Innenbehörden abhängt.

Wartezeiten auf einen Termin zur Visumbeantragung sind von verschiedenen, über das Jahr schwankenden Faktoren, wie Nachfrage und Bearbeitungskapazitäten abhängig, die eine Berechnung durchschnittlicher Wartezeiten leider nicht möglich machen.

24. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Wie hoch waren die Kosten der Rückführung der von der kurdischen Miliz YPG gefangen gehaltenen acht deutschen Staatsbürgerinnen sowie ihren insgesamt 23 Kindern von Syrien nach Deutschland (www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/mit-us-hilfe-bundesregierung-holt-deutsche-isis-mitglieder-aus-syrien-zurueck-77889718.bild.html)?

25. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD) Hat die Bundesregierung finanzielle, materielle oder sonstige Zusagen gemacht, um diese Personen zurückzuführen, und wenn ja, welche?
26. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen strafbar gemacht haben, und wenn ja, um welche Straftaten handelt es sich?

**Antwort des Staatssekretärs Miguel Berger
vom 14. Oktober 2021**

Die Fragen 24 bis 26 werden gemeinsam beantwortet.

Die Abrechnung der Rückholaktion vom 6. Oktober 2021 ist noch nicht abgeschlossen, da die Schlussrechnungen der Dienstleister noch nicht vorliegen. Die Bundesregierung hat im Vorfeld der Rückholaktion sowohl der beauftragten Charterfluggesellschaft als auch den beteiligten US-amerikanischen Stellen zugesichert, dass die für die Rückholaktion entstehenden Auslagen durch den Bund beglichen werden. Die von der Bundesregierung nach Deutschland zurückgeholten Personen sind zudem auf Grundlage von § 5 des Konsulargesetzes zum Ersatz der dem Bund entstandenen Auslagen verpflichtet.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) führt gegen drei der Rückkehrerinnen ein Ermittlungsverfahren. Zu den ihnen zur Last gelegten Straftaten wird auf die Pressemitteilung des GBA vom 7. Oktober 2021 (www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-07-10-2021.html?nn=478184) verwiesen. Zu Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften der Länder nimmt die Bundesregierung aufgrund der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes keine Stellung.

27. Abgeordneter
Jürgen Braun
(AfD) Wie viele Personen stehen auf der vom Auswärtigen Amt laut Medienberichten geführten sog. Menschenrechtsliste besonders schutzbedürftiger afghanischer Staatsbürger, die qualifiziert sind, nach Deutschland einreisen zu können (vgl. www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afghanistan-bundesregierung-will-hunderte-weitere-ortskraefte-evakuieren-a-01deace2-8ae0-4fcb-8b95-d522fbc4767e)?
28. Abgeordneter
Jürgen Braun
(AfD) Welche Organisationen (deutsche, afghanische und internationale) qualifizieren afghanische Staatsbürger, auf diese Liste zu gelangen (bitte unter Angabe der 28 Organisationen, die die meisten Personen betreut haben oder betreuen)?

**Antwort des Staatssekretärs Miguel Berger
vom 14. Oktober 2021**

Die Fragen 27 und 28 werden gemeinsam beantwortet.

Bezüglich der Anzahl der vom Auswärtigen Amt als besonders gefährdet identifizierten Afghaninnen und Afghanen, für die das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am 14. September 2021 gegenüber dem Auswärtigen Amt eine Aufnahmezusage erteilt hat, wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 13. Oktober 2021 zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/32677 verwiesen.

Entscheidend für die Aufnahme auf die Liste war, dass die Personen sich durch ihr Engagement für die Meinungsfreiheit, Demokratie, Menschen- und insbesondere Frauenrechte, kulturelle Identität sowie Wissenschafts-, Kunst- und Pressefreiheit exponiert haben und dabei eng mit deutschen Ressorts, Behörden oder Organisationen zusammengearbeitet bzw. sich für deutsche Belange eingesetzt haben oder deren Arbeit mit deutschen finanziellen Mitteln unterstützt wurde und die durch eine Machtübernahme der Taliban aufgrund dieser Tätigkeit unmittelbar gefährdet sind. Bei der Zusammenstellung der Liste sind Vorschläge verschiedener Organisationen und Einzelpersonen eingeflossen, die Entscheidung über die Aufnahme auf die Liste erfolgte jeweils einzelfallbezogen durch die Bundesregierung.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

29. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Welche Faktoren sind nach Einschätzung der Bundesregierung die Preistreiber hinter den aktuell rapide steigenden Gaspreisen, und sieht die Bundesregierung Anzeichen einer Nichteinhaltung von Vertragsverpflichtungen von russischen Energielieferanten?

**Antwort des Staatssekretärs Andreas Feicht
vom 11. Oktober 2021**

Derzeit treffen verschiedene Faktoren aufeinander die zu einem deutlichen Preisanstieg geführt haben: Nach langem und kaltem Winter waren die Speicher nicht nur in der EU, sondern auch in Russland und der Ukraine weitgehend leer. LNG-Lieferungen gingen in den höhere Preise zahlenden asiatischen Markt. Im Sommer kamen Wartungsarbeiten und Produktionsschwierigkeiten in den für Deutschland bedeutenden Exportländern Russland und Norwegen hinzu, die die Importmengen gesenkt haben. Angesichts der konjunkturellen Erholung, des Einflusses der CO₂-Bepreisung und der steigenden Bedeutung von Erdgas in der Verstromung traf ein insgesamt verringertes Angebot auf eine erhöhte Nachfrage, die den Kurzfristpreis massiv in die Höhe getrieben hat.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Nichteinhaltung von Vertragsverpflichtungen russischer Energielieferanten vor.

30. Abgeordneter
Reinhard Houben
(FDP)
- Bis wann plant die Bundesregierung den seit 7. Oktober 2021 geltenden befristeten Antragsstopp des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) beizubehalten (www.zim.de/ZIM/Redaktion/DE/Meldungen/2021/4/2021-10-06-ausssetzung-zur-antragsannahme.html), und plant die Bundesregierung, die Mittel für das ZIM zeitnah zu erhöhen?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 14. Oktober 2021**

Eine uneingeschränkte Fortführung des ZIM kann voraussichtlich erfolgen, wenn die für das ZIM im Jahr 2022 und in den Folgejahren momentan zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel im 2. Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 entsprechend dem Bedarf angepasst werden. Die Anzahl der möglichen Bewilligungen im Jahr 2022 – und damit auch die Anträge, die angenommen werden können – sind davon abhängig.

Die künftige Mittelausstattung des ZIM wird im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 zu klären sein, über den der neu gewählte Deutsche Bundestag entscheiden wird.

31. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2006 die Unternehmensgewinne sowie deren Nettoinvestitionen in Deutschland entwickelt (bitte jeweils jährlich in Mrd. Euro ausweisen)?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 15. Oktober 2021**

Die Entwicklung der Unternehmensgewinne seit dem Jahr 2006 kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

Entwicklung der Unternehmensgewinne in den VGR

Jahr	Gesamte Volkswirtschaft	Darunter:			darunter
		Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Private Haushalte einschl. P.O.o.E.	Eigennutzung von Wohnungen

Mrd. Euro

2006	644,4	438,0	61,4	147,5	21,8
2007	694,2	489,0	61,9	146,7	21,6
2008	618,9	438,5	26,1	157,2	21,4
2009	515,2	372,0	16,0	130,6	21,5
2010	590,8	420,5	23,2	151,4	23,7
2011	657,2	475,7	18,3	167,8	24,5
2012	627,8	439,3	20,2	171,7	27,3
2013	615,8	448,7	-9,6	180,0	30,4
2014	655,7	419,1	52,6	187,9	33,4
2015	683,6	463,0	33,3	190,6	38,9
2016	736,8	512,3	35,0	193,3	39,4
2017	756,5	527,7	29,1	203,6	41,5
2018	784,4	541,7	43,3	204,1	41,9
2019	764,4	515,0	46,3	207,6	41,0
2020	668,2	434,1	33,1	206,8	43,6

2006 = 100

2006	100	100	100	100	100
2007	108	112	101	99	99
2008	96	100	43	107	98
2009	80	85	26	89	99
2010	92	96	38	103	109
2011	102	109	30	114	112
2012	97	100	33	116	126
2013	96	102	-16	122	140
2014	102	96	86	127	153
2015	106	106	54	129	179
2016	114	117	57	131	181
2017	117	120	47	138	191
2018	122	124	71	138	193
2019	119	118	75	141	188
2020	104	99	54	140	200

P.O.o.E- = Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021: Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Die Entwicklung der Nettoinvestitionen seit dem Jahr 2006 kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

Entwicklung der Nettoinvestitionen

Jahr	Gesamte Volkswirtschaft	Darunter:		
		Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Private Haushalte einschl. P.O.o.E.
Mrd. Euro				
2006	87,6	59,6	-3,9	33,1
2007	111,1	86,9	-4,4	32,7
2008	105,2	79,3	-2,1	28,4
2009	1,8	-14,0	-1,4	13,8
2010	52,5	29,3	0,2	20,3
2011	104,6	66,6	-0,1	36,1
2012	45,9	15,3	0,8	31,1
2013	53,9	24,8	0,9	30,7
2014	71,5	43,2	1,4	31,6
2015	54,7	30,0	1,8	25,4
2016	67,2	37,7	0,1	30,1
2017	103,5	69,7	0,9	32,8
2018	127,9	87,5	1,0	36,2
2019	130,1	88,8	2,8	34,1
2020	53,8	15,1	1,2	28,3
2006 = 100				
2006	100	100	100	100
2007	127	146	113	99
2008	120	133	55	86
2009	2	-24	37	42
2010	60	49	-5	61
2011	119	112	2	109
2012	52	26	-20	94
2013	62	42	-24	93
2014	82	72	-37	95
2015	62	50	-46	77
2016	77	63	-2	91
2017	118	117	-23	99
2018	146	147	-26	109
2019	148	149	-72	103
2020	61	25	-31	85

P.O.o.E. = Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021: Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

32. Abgeordneter
Alexander Müller
(FDP)
- Die Ausfuhr welcher Maschinen der Firma SIG Sauer GmbH & Co. KG aus der Fabrikhalle in Eckernförde hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) seit dem Jahr 2015 genehmigt und zu welchem Zweck (bitte aufschlüsseln)?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 14. Oktober 2021**

Seit dem Jahr 2015 wurden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) keine der Fragestellung entsprechenden Genehmigungen erteilt.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

33. Abgeordnete
Katja Hessel
(FDP)
- Wie hat sich in den letzten 20 Jahren die Sozialquote in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung entwickelt, und welche Posten sind jeweils die drei maßgeblichen Treiber für eine Steigerung bzw. für ein Absinken der Sozialquote?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme
vom 14. Oktober 2021**

Mit dem Sozialbudget informiert die Bundesregierung jährlich über die erbrachten Sozialleistungen und ihre Finanzierung. Die Sozialleistungsquote (Sozialleistungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt) stellt die Entwicklung der Sozialleistungen in Relation zur Entwicklung der Wirtschaftsleistung gegenüber.

Seit dem Jahr 2000 ist die Sozialleistungsquote von 28,8 Prozent auf 33,6 Prozent im Jahr 2020 gestiegen. Der höhere Wert im Jahr 2020 ist allerdings auch wesentlich auf Sondereinflüsse zurückzuführen: So stieg die Sozialleistungsquote 2009 um rd. 0,7 Prozentpunkte durch den erstmaligen Einbezug der Basisleistungen der privaten Krankenversicherung. Im Jahr 2020 stieg das Volumen der Sozialleistungen infolge der Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sehr stark an. Hohe Leistungszuwächse trafen auf einen ausgeprägten Rückgang der Wirtschaftskraft, was allein im Jahr 2020 einen Anstieg der Sozialleistungsquote um rd. 3,3 Prozentpunkte zur Folge hatte. Für weitere Details zur Entwicklung des Sozialbudgets wird auf den aktuellen Sozialbericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/32120) verwiesen, der in Teil B das aktuelle Sozialbudget enthält.

34. Abgeordneter
Patrick Schnieder
(CDU/CSU)
- Mit welchen jeweiligen Kosten (Gesamtkosten inkl. Agentur- und Kreativekosten) hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Wahljahr 2021 bis zur Bundestagswahl ggf. auf sogenanntes Microtargeting in Sozialen Netzwerken – also das gezielte Ausspielen von personalisierter Werbung oder Informationen an kleine Personengruppen – zurückgegriffen, und welche Personengruppen wurden jeweils adressiert (siehe dpa rhs0034 3 pl 254 lrs 1523 vom 5. Oktober 2021 18:46: „Arbeitsministerium richtete Facebook-Werbung an SPD-Interessierte“)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Giese vom 14. Oktober 2021

Microtargeting bezeichnet das gezielte Ausspielen von personalisierter Werbung oder Informationen an kleine Personengruppen. Das Targeting, wie es auf den Kanälen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) angewandt wurde und wird, fällt nicht unter die Definition von Microtargeting. Dementsprechend sind keine Kosten im Zusammenhang mit Microtargeting angefallen: Der gemeinsame Werbeanzeigen-Manager für Facebook und Instagram teilt Zielgruppen-Definitionen in folgende Kategorien ein: „sehr unspezifisch“, „ziemlich unspezifisch“, „hat genau die richtige Größe“ oder „zu spezifisch“.

Die auf den Kanälen des BMAS beworbenen Beiträge lagen kontinuierlich bei „ziemlich unspezifisch“ und schlossen Millionen Nutzerinnen und Nutzer ein. Zusätzlich wurden die (beworbenen) Beiträge zuvor auf den Kanälen des BMAS öffentlich gepostet und waren folglich für die breite Öffentlichkeit sichtbar. Darüber hinaus dient die Bewerbung lediglich dazu, die Sichtbarkeit von Beiträgen über die bereits vorhandenen Abonnentinnen und Abonnenten der BMAS-Kanäle zu erhöhen. Für den effizienten Einsatz von Werbemitteln wurden anhand des Informationsgehaltes Zielgruppen für die jeweiligen Bewerbungen definiert. Dadurch lässt sich das Risiko minimieren, dass Werbegelder fehlgeleitet ausgegeben werden, etwa für das Anzeigen von Beiträgen mit Informationen für Auszubildende, Rentnerinnen und Rentner oder Studierende.

35. Abgeordneter
Patrick Schnieder
(CDU/CSU)
- Wie häufig und mit welchen jeweiligen Kosten (Gesamtkosten inkl. Agentur- und Kreativekosten) hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Werbe- oder Informationsanzeigen gezielt an Menschen adressiert, die sich zumindest ausweislich der Daten der Sozialen Netzwerke für die Partei interessieren, welcher der Bundesminister für Arbeit und Soziales angehört?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Giese vom 14. Oktober 2021

Das BMAS hat keine Werbe- und Informationsanzeigen gezielt an Menschen adressiert oder dies beauftragt, die sich zumindest ausweislich der

Daten der Sozialen Netzwerke für die Partei interessieren, welcher der Bundesminister für Arbeit und Soziales angehört.

Bei der anschließenden Bewerbung veröffentlichter Beiträge hat jedoch der für das Online-Marketing beauftragte Dienstleister – entgegen der expliziten Anweisungen des BMAS – bei 648 Bewerbungen als einen von durchschnittlich 10 bis 15 Parametern auch das Interesse an der politischen Partei, welcher der Bundesminister für Arbeit und Soziales angehört, mit ausgewählt. Für die Details zu den Kosten wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 6 der Abgeordneten Katja Kipping (DIE LINKE.) auf Bundestagsdrucksache 19/32661 verwiesen:

„Die Bundesministerien haben 676 targeted ads geschaltet und in der 19. Legislaturperiode ausgespielt, bei denen unter den Zielgruppen auch an Inhalten einer bestimmten Partei Interessierte waren. Davon entfallen 648 targeted ads auf das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)* mit einem Gesamtvolumen von 17.303,37 Euro und 28 targeted ads zur allgemeinen Corona- und Impfaufklärung auf das Bundesministerium für Gesundheit mit einem Gesamtvolumen von 11.922,78 Euro. Es handelt sich um die reinen Schaltkosten inkl. Mehrwertsteuer (ohne Agenturhonorare und ohne Kreativekosten). Alle weiteren Bundesministerien und das Bundespresseamt haben Fehlanzeigen gemeldet.

* Ergänzende Angaben des BMAS: Bei der Erstellung der Zielgruppen sind einem mit der Betreuung des Online-Marketings des BMAS beauftragten Dienstleister Fehler unterlaufen – es wurde entgegen den Vorgaben des BMAS, welche die Nennung einer politischen Partei untersagen, und ohne Kenntnis des BMAS gehandelt. Aufgrund dieses grundlegenden Verstoßes des Dienstleisters gegen die Vorgaben des BMAS wurde dem Dienstleister fristlos gekündigt.“

Über die Schaltkosten hinaus können keine weiteren Kosten (Agentur- und Kreativekosten) gesondert beziffert werden.

36. Abgeordneter
**Manfred
Todtenhausen**
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen wie z. B. vereinfachte Verfahren oder Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland, um gegen Engpässe bei qualifizierten Menschen im Logistiksektor und insbesondere bei Lkw-Fahrern vorzugehen, wie sie nicht nur aktuell in Großbritannien zu sehen sind, sondern mit einem derzeitigen Mangel zwischen 45.000 und 60.000 Berufskraftfahrern laut Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) und dem Bundesverband Spedition und Logistik (DSLVL) auch in Deutschland in Zukunft drohen könnten, um die Versorgung der Lieferketten etwa im Bereich der Energie und Lebensmittel zu gewährleisten (www.welt.de/wirtschaft/article231761025/Drohe-nder-Versorgungskollaps-Es-fehlen-bis-zu-60-000-Lkw-Fahrer.html)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme
vom 12. Oktober 2021**

Die Bundesregierung hat vielfältige Anstrengungen unternommen, um dem Fahrermangel im Straßengüterverkehr zu begegnen. Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung benennt hier die wichtigsten Felder, die auch für diesen Bereich gelten: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsqualität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, aber auch gezielte Einwanderung aus der EU und Drittstaaten.

So unterstützt die Bundesregierung betriebliche Ausbildungsverhältnisse zum/zur Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin. Mit dem Förderprogramm „Ausbildung“ werden Unternehmen des Güterkraftverkehrs gefördert, die Ausbildungsplätze zur/zum Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin schaffen. Zudem fördert die Bundesregierung mit der „Richtlinie über die Förderung der Weiterbildung in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen“ die Weiterbildung in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen. Durch das Förderprogramm „Weiterbildung“ können Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen Fördergelder für Weiterbildungsmaßnahmen wie beispielsweise praktische Übungen (z. B. zur Ladungssicherung) und Fahrertrainings (z. B. zum kraftstoffsparenden Fahren) beantragen. Bewilligungsbehörde für die Förderprogramme Aus- und Weiterbildung ist das Bundesamt für Güterverkehr in Köln.

Auch die Bundesagentur für Arbeit engagiert sich in erheblichem Umfang in der Weiterbildungsförderung im Bereich Fahrzeugführung. Unter allen Einträgen in Maßnahmen der geförderten beruflichen Weiterbildung entfällt der größte Anteil mit über 15 Prozent auf Förderfälle im Bereich der Fahrzeugführung im Straßenverkehr.

Zudem unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen der Wirtschaft, das Image der Logistik zu verbessern, Berufe in der Logistik attraktiver zu gestalten und Fachkräfte zu gewinnen. Dabei steht die Bundesregierung im Dialog mit der Verbändeinitiative „Fünf-Punkte-Plan gegen Logistikengpässe und Fahrermangel im Straßengüterverkehr“. Zusätzlich unterstützt die Bundesregierung die Branche durch die Übernahme von Schirmherrschaften, z. B. hat der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer die Schirmherrschaft für den Förderverein „PROFI – Pro Fahrer Image e. V.“ übernommen, der sich für die stärkere Wertschätzung des Fahrerberufs und die Fahrergewinnung einsetzt.

Weiter hat sich die Bundesregierung auf EU-Ebene im Rahmen der Verhandlungen zum Mobilitätspaket I erfolgreich für moderne und faire Sozialvorschriften im Straßenverkehr eingesetzt. Die neuen Regelungen zu den Sozialvorschriften verbieten z. B. ausdrücklich, die regelmäßige Wochenruhezeit bzw. jede Wochenruhezeit von mindestens 45 Stunden im Fahrzeug zu verbringen. Darüber hinaus haben die Fahrer das Recht erhalten, spätestens alle vier Wochen nach Hause oder an den Betriebs-sitz des Unternehmens zurückzukehren.

Seit dem Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes am 1. März 2020 können Aufenthaltstitel zum Zwecke qualifizierter Beschäftigungen in allen Berufen erlangt werden. Da es in Drittstaaten nur selten Ausbildungen zum/zur Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin gibt, hat die Bundesregierung mit § 24a der Beschäftigungsverordnung (BeschV) einen vereinfachten Arbeitsmarktzugang für Berufskraftfahrer und Berufskraftfahrerinnen geschaffen. Darüber hinaus können Staatsangehö-

rige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien nach der sogenannten Westbalkanregelung (§ 26 Absatz 2 BeschV) unabhängig von einer Qualifikation Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten.

Zudem arbeitet die Bundesregierung an Vereinfachungen bei der Anerkennung von Führerscheinen aus Drittstaaten auf dem Wege sogenannter Gegenseitigkeitsvereinbarungen. Sie regeln, unter welchen Voraussetzungen eine Drittstaatenfahrerlaubnis in Deutschland prüfungsfrei anerkannt und umgeschrieben werden kann.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

37. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welchen Ausgang nahmen die im Juni 2020 bekannt gewordenen Ermittlungen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), denen Geheimnisverrat vorgeworfen wurde (www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-mad-dienstgeheimnisse-1.4941888), und gegen wie viele MAD-Angehörige wird derzeit wegen Geheimnisverrat ermittelt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn vom 13. Oktober 2021

Auf die Frage, ob und mit welchem Ergebnis disziplinarrechtliche Ermittlungen geführt werden, können gemäß § 9 der Wehrdisziplinarordnung keine Auskünfte erteilt werden.

38. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Missionen wurden jeweils in den Jahren 2014 bis 2020 insgesamt im Luftraum der Sonderzone E-DR 401 geflogen, und wie viele Luftfahrzeuge waren danach in den einzelnen Jahren insgesamt beteiligt (bitte nach Jahren auflisten)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn vom 12. Oktober 2021

Die Daten zur Anzahl der Missionen im Übungsluftraum Military Variable Profile Area (MVPA) North-East (ED-R 401) können der folgenden Tabelle entnommen werden. Eine Erfassung der beteiligten Luftfahrzeuge erfolgt nicht.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Missionen	627	521	543	440	435	368	400

39. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Luftfahrzeuge umfassten die geflogenen Missionen in der Flugsonderzone E-DR 401 durchschnittlich jeweils in den Jahren 2014 bis 2020 (bitte nach Jahren auflisten)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn vom 12. Oktober 2021

Gemäß den internationalen Vorschriften für den Luftverkehr werden Verbands- bzw. Formationsflüge, ungeachtet der Anzahl der beteiligten Luftfahrzeuge (Lfz), als jeweils ein Lfz betrachtet.

Eine Statistik aller einzelnen Lfz innerhalb der militärischen Übungslufträume wird nicht erhoben.

Die Erfüllung der Aufgaben der Luftstreitkräfte erfordert eine fundierte fliegerische Ausbildung und kontinuierliches Üben. Die dabei zwangsläufig entstehende Lärmbelastung der Bevölkerung ist allen Verantwortlichen bewusst. Daher verfolgt das Bundesministerium der Verteidigung stets das Ziel, die Belastungen der Bevölkerung durch militärischen Flugbetrieb in Deutschland gering zu halten und diesen möglichst gleichmäßig über Deutschland zu verteilen. Diesen Bemühungen sind jedoch, einerseits aufgrund der berechtigten Anforderungen für Ausbildungen und Übungen der Luftstreitkräfte und andererseits vor allem aufgrund der sich durch die zivile und militärische Nutzung ergebenden Luftraumstruktur, enge Grenzen gesetzt. Zwar werden heute bereits große Teile der fliegerischen Ausbildung ressourcen- und umweltschonend unter Nutzung von Simulatoren durchgeführt. Dennoch bleibt die Durchführung von Übungseinsätzen in einem realen Umfeld unumgänglich, um eine kontinuierliche Vorbereitung auf internationale Einsätze zur Krisenbewältigung für alle Streitkräfte sicherzustellen und auf diese Weise einen angemessenen Anteil zur Verteidigungsvorsorge und Krisenbewältigung einbringen zu können.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Treffen haben seit Beginn der 19. Legislaturperiode zwischen dem Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn und dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz stattgefunden (bitte die letzten 14 Treffen nach Zeitpunkt und Inhalt aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**Dr. Thomas Gebhart**
vom 14. Oktober 2021

Folgende Treffen fanden in der 19. Legislaturperiode zwischen dem Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn und dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz statt:

8. November 2018, bilateraler Gedankenaustausch zur europäischen Digitalpolitik;

18. März 2021, Arbeitsbesprechung, Thema: Corona-Pandemiebewältigung;

31. August 2021 auf Einladung der österreichischen Botschaft Gedankenaustausch zur aktuellen Corona-Lage mit verschiedenen Teilnehmern.

41. Abgeordneter
Dr. Wieland
Schinnenburg
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des Vorsitzenden der Ständigen Impfkommission, Prof. Dr. Thomas Mertens, der den Rückgang der Impfungen bei Kindern damit begründet, dass „Eltern teilweise eine Scheu gegen Impfungen allgemein entwickelt hätten“ (www.morgenpost.de/vermischtes/article233444105/corona-news-aktuell-rki-impfung-kinder-biontech-deutschland-ticker.html), und was unternimmt die Bundesregierung, um die Impffzahlen bei wesentlichen Grundimpfungen von Kindern wieder zu erhöhen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**Dr. Thomas Gebhart**
vom 15. Oktober 2021

Das Robert Koch-Institut (RKI) wertet im Rahmen der Impfsurveillance Daten zum Impfstatus der Bevölkerung aus, die dem RKI auf gesetzlicher Grundlage zur Verfügung stehen oder die im Rahmen zusätzlicher Studien erhoben werden. Nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 34 Absatz 11 IfSG) werden Daten zum Impfstatus der Kinder bei Schuleingang anhand der vorgelegten Impfpässe erhoben und durch die Bundesländer gebündelt an das RKI übermittelt.

Außerdem erhält das RKI von allen Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Daten u. a. zu abgerechneten Impfleistungen. Jährlich erfolgt auf dieser Grundlage vom RKI eine Gesamtdarstellung und Interpretation der Impfquoten im Kindes- und Jugendalter unter Einbezug dieser beiden Datenquellen in einer Publikation. Die zuletzt verfügbare Auswertung wurde im „Epidemiologischen Bulletin“ am 6. August 2020 veröffentlicht (www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/32-33_20.pdf) und kann daher mögliche Folgen des Pandemiegeschehens noch nicht abbilden.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) führte zuletzt zwischen dem 15. Juli 2020 und dem 1. September 2020 eine deutschlandweite Repräsentativbefragung der 16- bis einschließlich 85-jährigen Bevölkerung zu „Einstellungen, Wissen und Verhalten von

Erwachsenen und Eltern gegenüber Impfungen“ durch. Die überwiegende Mehrheit der Eltern war dabei dem Impfen gegenüber positiv eingestellt. Mehr als drei Viertel bezeichneten sich selbst als Impfbefürworter. Ein Sechstel hatte teilweise Vorbehalte und 7 Prozent eine „(eher) ablehnende“ Haltung gegenüber dem Impfen (www.bzga.de/forschung/studien/abgeschlossene-studien/studien-ab-1997/impfen-und-hygiene/infektionsschutz-einstellungen-wissen-und-verhalten-von-erwachsenen-und-eltern-gegenueber-impfungen-2/).

Die Ergebnisse aus der RKI-Impfsurveillance aus dem Jahr 2020 zeigen insgesamt, dass viele Schutzimpfungen gut in Anspruch genommen werden. Defizite bestehen z. B. beim Impfschutz von Kindern gegen Masern, Mumps und Röteln. Das Masernschutzgesetz, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist, sieht daher u. a. vor, dass alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr beim Eintritt in die Schule oder den Kindergarten die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Masern-Impfungen vorweisen müssen. Auch bei der Betreuung durch eine Kindertagespflegeperson muss in der Regel ein Nachweis über die Masernimpfung erfolgen.

Gleiches gilt für Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen oder medizinischen Einrichtungen tätig sind wie Erzieher, Lehrer, Tagespflegepersonen und medizinisches Personal (soweit diese Personen nach 1970 geboren sind). Um die Impfprävention generell zu stärken, sieht das Gesetz u. a. vor, dass künftig alle Ärztinnen und Ärzte – ausgenommen der zahnärztliche Bereich – Schutzimpfungen durchführen dürfen. Außerdem soll der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wieder verstärkt freiwillige Reihenimpfungen in Schulen durchführen. Daher werden die Krankenkassen verpflichtet, mit dem ÖGD Vereinbarungen über die Erstattung der Kosten für diese Impfungen zu treffen.

Die Regelungen werden durch eine verstärkte Aufklärung der BZgA begleitet. Dafür werden Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro pro Jahr bereitgestellt.

42. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die während des Sommers 2021 sprunghaft gestiegene Anzahl von Herzinfarkten mit teilweise geblockten Arterien, sogenannten N-Stemi-Attacken, die im Westen Schottlands registriert wurden (www.thetimes.co.uk/article/mystery-rise-in-heart-attacks-from-blocked-arteries-m253drmf), vor, und boten diese Anlass dazu, Informationen über dieses Phänomen durch die Bundesregierung zu sammeln, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass für die erhöhte Anzahl der N-Stemi-Attacken in Schottland auch infolge einer Impfung mit mRNA-Impfstoffen entstandene Blutgerinnsel ursächlich sein können, wovor nach Zeitungsberichten (www.tichyseinblick.de/daily-essentials/in-schottland-steigerung-der-herzinfarkte-durch-geblockte-arterien/) „[...] schon im Sommer [...] in ganz Europa und der Welt Ärzte [...] gewarnt haben“ (bitte etwaige Veröffentlichungen der Bundesregierung hierzu angeben), und falls nein, hält die Bundesregierung diese Frage für so relevant, dass sie hierzu in Zukunft Daten und Bewertungen erhebt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sabine Weiss
vom 12. Oktober 2021**

Es gibt nach Einschätzung des Paul-Ehrlich-Instituts derzeit keine Hinweise darauf, dass eine Impfung gegen COVID-19 für eine vermeintlich gestiegene Anzahl von Herzinfarkten durch Blutgerinnsel ursächlich ist. Es wird auf die aktuellen Sicherheitsinformationen der Europäischen Arzneimittelagentur (European Medicines Agency – EMA) und die Produktinformationstexte zu COVID-19-Impfstoffen verwiesen (www.ema.europa.eu/en/human-regulatory/overview/public-health-threats/coronavirus-disease-covid-19/treatments-vaccines/vaccines-covid-19/covid-19-vaccines-authorized#authorized-covid-19-vaccines-section).

Auch nach der Zulassung von Arzneimitteln zur Behandlung von COVID-19 wird das Nutzen-Risiko-Profil von COVID-19-Impfstoffen von den zuständigen Stellen weiter untersucht, um sicherzustellen, dass ihr Nutzen weiterhin überwiegt.

43. Abgeordnete
Dr. Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich der Anteil der Patienten mit Impfdurchbrüchen im Verhältnis zur Gesamtzahl der COVID-19-Patienten auf den Intensivstationen in den letzten 28 Kalenderwochen entwickelt (bitte den Wert für jede Kalenderwoche einzeln angeben)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Thomas Gebhart
vom 15. Oktober 2021**

Seit Beginn der COVID-19-Impfkampagne führt das Robert Koch-Institut (RKI) ein kontinuierliches Monitoring von Impfdurchbrüchen durch, die aus den nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) übermittelten Meldedaten identifiziert werden. Ein wahrscheinlicher Impfdurchbruch ist dabei definiert als SARS-CoV-2-Infektion mit klinischer Symptomatik, die bei einer vollständig geimpften Person mittels PCR oder Erregerisolation diagnostiziert wurde. Folglich beziehen sich Auswertungen nur auf diejenigen COVID-19-Fälle, für die dem RKI die Angaben zum Impfstatus vollständig vorliegen.

Seit dem September 2021 werden für die Berechnung der Impfeffektivität nur die COVID-19-Fälle berücksichtigt, für die eine Angabe zum Impfstatus vorliegt. Diese methodische Anpassung führt dazu, dass die Daten vor diesem Zeitraum mit denen danach nicht ohne weiteres zu vergleichen sind. Durch einen Vergleich des Anteils vollständig geimpfter Personen unter COVID-19-Fällen mit dem Anteil vollständig geimpfter Personen in der Bevölkerung ist es möglich, die Wirksamkeit der Impfung grob abzuschätzen (sogenannte Screening-Methode nach Farrington, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/8225751/>).

Die so festgestellte Impfeffektivität gegen weitere COVID-19-assoziierte Endpunkte für den Zeitraum der letzten vier Wochen (35. bis 38. KW) beträgt:

- Schutz vor Hospitalisierung: ca. 93 Prozent (Alter 18 bis 59 Jahre) bzw. ca. 89 Prozent (Alter $\geq$ 60 Jahre),
- Schutz vor Behandlung auf Intensivstation: ca. 96 Prozent (Alter 18 bis 59 Jahre) bzw. ca. 94 Prozent (Alter $\geq$ 60 Jahre),
- Schutz vor Tod: ca. 97 Prozent (Alter 18 bis 59 Jahre) bzw. ca. 88 Prozent (Alter $\geq$ 60 Jahre).

Weitere Informationen können den Wochenberichten des RKI entnommen werden: www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenberichte_Tab.html.

Weil der Anteil der Geimpften in der Bevölkerung steigt, erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass unter allen Personen, die sich infizieren bzw. erkranken, mitunter geimpfte Personen betroffen sein können.

Zusammengefasst bestätigen die Anzahl der wahrscheinlichen Impfdurchbrüche sowie die geschätzte Impfeffektivität die hohe Wirksamkeit der Impfstoffe aus den klinischen Studien. Die Wirksamkeit der COVID-19-Impfungen ist sehr gut, aber beträgt nicht 100 Prozent. Die COVID-19-Impfstoffe schützen vor schweren Erkrankungen und Tod durch COVID-19. Insbesondere bei alten Menschen (bereits ab dem 70. Lebensjahr) oder Personen mit vermindertem Immunschutz kann der Impfschutz mit der Zeit nachlassen und es deshalb auch zu Impfdurchbrüchen kommen. Deshalb hat die STIKO eine „Booster-Impfung“ empfohlen.

44. Abgeordnete
Dr. Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich der Anteil der Geimpften mit Impfdurchbrüchen an der Gesamtzahl symptomatischer COVID-19-Fälle in den letzten 28 Kalenderwochen entwickelt (bitte die Werte je Kalenderwoche einzeln angeben)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Thomas Gebhart
vom 15. Oktober 2021**

Informationen, u. a. die Anzahl und der Anteil an wahrscheinlichen Impfdurchbrüchen unter den symptomatischen COVID-19-Fällen und unter den hospitalisierten COVID-19-Fällen, auch differenziert nach auf Intensivstationen behandelten COVID-19-Fällen, können den Wochenberichten des RKI entnommen werden: www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenberichte_Tab.html.

45. Abgeordneter
Dr. Harald Weyel
(AfD)
- Führt nach Kenntnis der Bundesregierung und der ihr unterstellten Bundesministerien der Umstand, dass asymptomatische, gegen COVID-19 geimpfte Personen nicht flächendeckend getestet werden, während symptomatische und asymptomatische Ungeimpfte regelmäßig einer Testpflicht nachkommen müssen, dazu, dass die Infektionszahlen bei Geimpften und Ungeimpften nicht vergleichbar sind?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Thomas Gebhart
vom 11. Oktober 2021**

Daten aus Zulassungsstudien wie auch aus Untersuchungen im Rahmen der breiten Anwendung (sog. Beobachtungsstudien) belegen, dass die in Deutschland zur Anwendung kommenden COVID-19-Impfstoffe SARS-CoV-2-Infektionen (symptomatisch und asymptomatisch) in einem erheblichen Maße verhindern. Geimpfte Personen spielen insgesamt bei der Epidemiologie der Erkrankung derzeit also keine wesentliche Rolle. Daher ist es nicht zielführend, asymptomatische geimpfte Personen flächendeckend zu testen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person trotz vollständiger Impfung infiziert, ist jedoch nicht null. Daher sollten symptomatische geimpfte Personen auch weiterhin getestet werden.

Die Ausgabe von getrennten Inzidenzen, nach geimpften und ungeimpften Personen, wird zudem von einigen Bundesländern praktiziert. Der Wochenbericht des Robert Koch-Institutes (RKI) vom 30. September 2021 nennt zudem – jeweils für die Altersgruppen 18- bis 59-Jährige und ab 60 Jahre – die wöchentliche Inzidenz der symptomatischen COVID-19-Fälle im Verlauf der Meldewochen 26/2021 bis 37/2021 nach Impfstatus in Deutschland (Datenstand vom 27. September 2021).

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

46. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich die von der Bundesregierung angegebenen 33.117 im Zeitfenster von 4 Stunden verlagerbaren Inlandsflüge vom und zum Flughafen Frankfurt am Main (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/30670) auf Abflüge und Ankünfte, und wie stellt sich dies bei den laut Angaben der Bundesregierung 36.889 verlagerbaren Flügen ins Ausland (ebd. Antwort der Bundesregierung zu Frage 10) dar?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Bilger
vom 12. Oktober 2021**

Die Antworten zu den Fragen der Großen Anfrage, die sich auf Inlandsflüge beziehen (z. B. Frage 4), beziehen sich ausschließlich auf startende Luftfahrzeuge und deren Fluggäste, da andernfalls jeder Flug doppelt gezählt würde (am Start- und am Landeflughafen). Bei den Fragen zu Auslandsflügen (z. B. Frage 10) wurden hingegen sowohl startende als auch landende Luftfahrzeuge und deren Fluggäste ausgewiesen.

Zur Beantwortung der Frage, wie sich die Auslandsflüge auf Abflüge und Ankünfte verteilen, ist eine erneute Auswertung der Daten durch das Statistische Bundesamt erforderlich, die nicht in der für parlamentarische Fragen zur Verfügung stehenden Zeit vorgelegt werden kann. Sobald diese Auswertung vorliegt, wird die Antwort nachgereicht.

47. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich die von der Bundesregierung angegebenen 616.207 insgesamt in Deutschland verlagerbaren Flüge im Zeitfenster von 6 Stunden (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 235 der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/30670) auf verlagerbare Inlandsflüge (nur Starts), verlagerbare Flüge ins Ausland sowie verlagerbare Flüge aus dem Ausland, und mit welchem konkreten Rechenweg hat die Bundesregierung berechnet, dass im Jahr 2019 das Verlagerungspotenzial von Flügen in Deutschland 5,5 Prozent betrug (bitte unter Angabe des von der Bundesregierung zur Berechnung herangezogenen hiesigen Flugaufkommens des Jahres 2019 ausführen)?

48. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Wie viele Passagierflüge fanden im Jahr 2019 an den deutschen Hauptverkehrsflughäfen insgesamt statt (An- und Abflüge), und wie hoch war im Jahr 2019 demnach nach Auffassung der Bundesregierung daran der prozentuale Anteil der von der Bundesregierung angegeben 616.207 Flüge (ebd.), die durch maximal sechsstündige Flüge ersetzbar gewesen wären (bitte begründen)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Bilger
vom 12. Oktober 2021**

Die Fragen 47 und 48 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei der Beantwortung der Frage 235 ist ein Fehler unterlaufen, der zu einem insgesamt falschen Ergebnis geführt hat. Die korrekte Antwort müsste wie folgt lauten:

„Im Jahr 2019 fanden 157.232 Passagierflüge von und zu den abgefragten deutschen Hauptverkehrsflughäfen statt, die schon jetzt durch maximal vierstündige Bahnfahrten ersetzt werden könnten. Das sind 9,1 Prozent des gesamten Passagierflugaufkommens.

375.899 Flüge fanden zu Flugzielen statt, die schon jetzt durch maximal sechsstündige Bahnfahrten ersetzt werden könnten. Das sind 21,6 Prozent des gesamten Passagierflugaufkommens.“

Zur Berechnung der jeweiligen Anteile am gesamten Flugaufkommen wurde die jeweils ermittelte Anzahl der Flüge in das prozentuale Verhältnis zum gesamten Flugaufkommen (1.737.073) gesetzt.

Für die Beantwortung der Frage, wie sich die verlagerbaren Auslandsflüge auf Abflüge und Ankünfte verteilen, ist eine erneute Auswertung der Daten durch das Statistische Bundesamt erforderlich, die nicht in der für parlamentarische Fragen zur Verfügung stehenden Zeit vorgelegt werden kann. Sobald diese Auswertung vorliegt, wird die Antwort nachgereicht.

49. Abgeordnete
Kirsten Lüthmann
(SPD)
- Ist die Aussage im Entwurf des Abschlussberichts zum Deutschlandtakt, wonach für die Ermittlung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV) nicht die Gesamtinvestitionen inkl. der zugehörigen Ersatzinvestitionen in Höhe von rund 48,5 Mrd. Euro maßgeblich seien, sondern die Erweiterungsinvestitionen in Höhe von rund 41,2 Mrd. Euro, so zu verstehen, dass für die Ermittlung des NKV ausschließlich die Erweiterungsinvestitionen ausschlaggebend sind?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann
vom 12. Oktober 2021**

Gemäß Methodik der Bundesverkehrswegeplanung erfolgt die Ermittlung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses auf Basis der Erweiterungskosten

(einschließlich Risikozuschlag und Planungskosten), die auf ein einheitliches Bezugsjahr abgezinst werden (Barwert der Investitionskosten).

50. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Ist nach der Aufnahme des Deutschlandtaktes als Planfall 44 in den Vordringlichen Bedarf geplant, die betreffenden Projekte im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) anzupassen, und welche Streckenvariante ist dabei für das Bahnprojekt Hamburg/Bremen–Hannover vorgesehen, die des jetzigen BVWP oder die im Planfall 44?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 12. Oktober 2021

Der Zielfahrplan für den Deutschlandtakt bildet die Grundlage für die Infrastrukturplanung des Bundes. Mit dem Aufstieg des Planfalls Deutschlandtakt in den Vordringlichen Bedarf des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege können die neuen verkehrlichen Anforderungen aus dem Zielfahrplan Deutschlandtakt bei Planungen von bereits im Vordringlichen Bedarf enthaltenen Vorhaben, die bisher noch nicht eigenständig mit den neuen Zielen bewertet wurden, vollumfänglich berücksichtigt werden. Dies betrifft auch die Strecke Hamburg/Bremen–Hannover.

Die Ausgestaltung der aus dem Zielfahrplan abgeleiteten Infrastrukturmaßnahmen obliegt dabei der operativen Projektplanung durch den Vorhabenträger DB Netz AG und erfolgt grundsätzlich variantenoffen. Ausschlaggebend für die Wahl der späteren Vorzugsvariante sind die Erreichung der verkehrlichen Ziele, eine gegebene Wirtschaftlichkeit sowie die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Natur und Umwelt.

51. Abgeordnete
Amira Mohamed Ali
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschwerden liegen nach Kenntnis der Bundesregierung beim Eisenbahn-Bundesamt über Emissionen, wie zum Beispiel Feinstaub und Geruchsbelästigungen, durch Bremsvorgänge von Schienenfahrzeugen mit sogenannten Verbundstoff-Bremsen vor, und auf Grund welcher Messdaten kann die Bundesregierung ausschließen, dass bei Bremsvorgängen von Schienenfahrzeugen mit Verbundstoff-Bremsen gesundheitsschädliche Emissionen für Bahnanlieger entstehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 12. Oktober 2021

Keine. Seit dem 15. Februar 2021 läuft beim Deutschen Zentrum für Schienenverkehrsforschung das Forschungsvorhaben „Emissionen und Immissionen aus dem Schienenverkehr – Luftschadstoff-Monitoring und Ausbreitungsberechnung mit stofflichen Emissionen aus dem Schienenverkehr“. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2024 vorliegen.

52. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD) Welche inhaltlichen Informationen liegen der Bundesregierung zur Studie hinsichtlich der Verkehrsprognose in der deutsch-schweizerischen Grenzregion in den nächsten Jahren im Zuge des Baus der Autobahn 98 in den Abschnitten 6 sowie 8 und 9, die das Regierungspräsidium Freiburg im Auftrag des Landes Baden-Württemberg erhebt, vor, und wann ist mit einer Veröffentlichung der Studie, die dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Prüfung vorliegt, zu rechnen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 15. Oktober 2021

Das Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg (VM BW) hat im Juni 2021 dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Unterlagen zur Verkehrsstudie „Grenzregion Hochrhein-Bodensee“ vorgelegt.

Die Studie im Auftrag des Regierungspräsidiums Freiburg enthält eine Analyse und Bewertung des Ist-Zustandes bei der Abwicklung und Bewältigung des grenzüberschreitenden deutschschweizerischen Verkehrs zwischen Weil am Rhein und Konstanz sowie verschiedene Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Situation. Zur Beurteilung der Maßnahmenvorschläge wurde im Rahmen der Studie ein Verkehrsmodell entwickelt, mit dem das zu erwartende Verkehrsaufkommen für das Jahr 2040 prognostiziert wird. Dieses Verkehrsmodell bildet auch die Basis für die Verkehrsuntersuchungen im Rahmen der laufenden Planungen für die Abschnitte 6, 8 und 9 der Bundesautobahn 98, deren Ergebnisse die DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH im Juli 2021 vorgestellt hat.

Die Ergebnisse der Verkehrsstudie „Grenzregion Hochrhein-Bodensee“ sollen noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

53. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Konsequenzen für die weitere Unterstützung des Regenwaldschutzes im Kongobecken zieht die Bundesregierung aus der geplanten Vergabe neuer Lizenzen zur Abholzung im Kongobecken (https://twitter.com/com_mediasrdc/status/141376759650000768?_ga=2.2302896.1405488094.1633419673-1574554784.1633419673), und welche konkreten Erfolge zur Abwendung dieser Entwicklung hat die Bundesregierung auf dem am 7. und 8. September 2021 stattgefundenen Tropenwaldsymposium des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erreicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth
vom 12. Oktober 2021**

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden bisher keine neuen Forstkonzessionen durch die Demokratische Republik Kongo vergeben. Im Hinblick auf eine endgültige Aufhebung des Moratoriums fordert die Bundesregierung im Gleichklang mit anderen internationalen Gebern, eine nachhaltige Landnutzungsplanung und eine Verbesserung der Forstverwaltung.

Ziel des am 7. September 2021 in Berlin veranstalteten Kongobeckenwaldfachtags bzw. des am 8. September 2021 ebenfalls in Berlin veranstalteten Tropenwaldsymposiums war es, einen besseren Schutz der Regenwälder und der Artenvielfalt zu erreichen.

Auf der Berliner Tropenwald-Konferenz haben zehn Anrainerstaaten des Kongo-Regenwaldes eine Erklärung zum Erhalt der Tropenwälder im zentralafrikanischen Kongobecken (COMIFAC Deklaration) unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung verpflichten sich die zehn Anrainerstaaten zu mehr Verantwortungsübernahme und zu Reformen beim Schutz des Tropenwaldes. Sie erkennen u. a. die Leistungen des Kongowaldes (CO₂-Speicher, Genpool, Lebens- und Wirtschaftsraum) als globales, öffentliches Gut an und erklären ihr gemeinsames Engagement zum Erhalt seiner natürlichen Funktionen, z. B. durch die breitere Anwendung von Praktiken des nachhaltigen Forstmanagements, forstlicher Zertifizierung und dem Ausbau von Strukturen zur statistischen Erfassung des Waldbestandes sowie einem verbesserten Management von Schutzgebieten.

54. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie viele Ortskräfte haben in Afghanistan für die staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses, Auftragsverhältnisses oder über Zwischenunternehmen gearbeitet, und wie viele davon befinden sich mittlerweile in Deutschland?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Norbert Barthle
vom 14. Oktober 2021**

Der Bundesregierung liegen noch keine Gesamtzahlen aller Ortskräfte vor, die für die staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet haben.

Bis zum 11. Oktober 2021 sind 194 frühere Ortskräfte der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus Afghanistan nach Deutschland eingereist.

55. Abgeordnete **Zaklin Nastic**
(DIE LINKE.) Hat die Bundesregierung konkrete Initiativen und Lösungsansätze zur Transformation des Welternährungssystems mit Blick auf die laut UN 820 Millionen weltweit hungernden Menschen auf dem World Food Summit im September 2021 angestoßen, und wenn ja, welche?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth
vom 12. Oktober 2021**

Die Bundesregierung hat die Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, für einen Welternährungsgipfel (UN Food Systems Summit, FSS) von Beginn an unterstützt und sich im Verlauf des gesamten Prozesses mit konkreten Initiativen und der Formulierung von Lösungsansätzen eingebracht.

Ein konkreter deutscher Beitrag zum Gipfel ist die Formulierung des so genannten Nationalen Pfades zur Anpassung des deutschen Ernährungssystems. Dieser basiert auf den bestehenden Politiken und Strategien in Deutschland, z. B. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, sowie den Ergebnissen des Nationalen Dialogs: <https://summitdialogues.org/overview/member-state-food-systems-summit-dialogues/convenors/>.

Er wurde von der Bundesregierung (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) im Juni 2021 initiiert und wird über den Gipfel hinaus fortgeführt. Er ermöglicht den intensiven Austausch von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern und stützt sich auf Erkenntnisse aus bestehenden Formaten wie dem Arbeitskreis Welternährung (AKWE) oder den Strategischen Begeleitkreis der Sonderinitiative Eine Welt Ohne Hunger: [www.ble.de/DE/ BLE/UN-Food-System/UN-Food-System_node.html](http://www.ble.de/DE/BLE/UN-Food-System/UN-Food-System_node.html).

Weiterhin hat sich die Bundesregierung zur aktiven Mitarbeit an der Koalition für Schulernährung entschieden und engagiert sich in diesem Rahmen beim Aufbau eines Experten-Netzwerks, der Verankerung von Schulernährung als Hebel für soziale Sicherung sowie in der Unterstützung von Schulspeisungsprogrammen über entwicklungsorientierte Ansätze und die humanitäre Hilfe. Die Mitarbeit bei weiteren internationalen Koalitionen wird derzeit geprüft.

Beim Nachfolge-Prozess zum UN FFS setzt sich die Bundesregierung für die enge Einbindung bestehender Strukturen ein (Welternährungsorganisation, Welternährungsprogramm, Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, Ausschuss für Welternährungssicherheit).

Die Bundesregierung unterstützt ferner die Arbeit des Welternährungsprogramms als verantwortliche Organisation der Vereinten Nationen im Resilienzstrang des FSS mit eigenen Ansätzen und prüft derzeit auch, wie sie im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ihre Partnerländer bei der Umsetzung ihrer jeweiligen nationalen Pfade unterstützen kann.

56. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Handlungsnotwendigkeiten zieht die Bundesregierung aus der Kritik von Nichtregierungsorganisationen wie Brot für die Welt (www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/welternaehrungsgipfel-lobbyismus-101.html; www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-das-scheitern-des-un-welternaehrungsgipfels/) bezüglich der Abhängigkeit der UN-Welternährungsorganisation von privaten Geldgebern und ihrer Kooperation mit verschiedenen Agrar-, Agrarchemie- und Lebensmittelkonzernen, und plant die Bundesregierung eine Erhöhung ihrer jährlichen Beiträge ans Welternährungsprogramm?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth
vom 12. Oktober 2021**

Aus Sicht der Bundesregierung ist ein enger Austausch der Welternährungsorganisation mit Interessensvertretern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Staaten und weiteren Akteuren angesichts der komplexen Herausforderungen zur Transformation der Ernährungssysteme notwendig und wird unterstützt.

Die Bundesregierung ist seit 2015 kontinuierlich unter den drei größten staatlichen Gebern und seit 2019 zweitgrößter Geber des Welternährungsprogramms. Die Bundesregierung plant dieses hohe Engagement auch in Zukunft fortzuführen.

Ergänzung

zu der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 110 auf Bundestagsdrucksache 19/32556 des Abgeordneten Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieviel Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland im ländlichen Raum wohnen nach Kenntnis der Bundesregierung entsprechend der Erreichbarkeitsanalysemethode des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2019/bbsr-online-09-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1) höchstens 600 Meter von der nächsten Haltestelle oder 1.200 Meter vom nächsten Bahnhof mit mindestens 20 Fahrtmöglichkeiten pro Tag entfernt (bitte Aufschlüsselung nach fünf Landkreisen mit geringstem sowie höchstem Prozentsatz angebundener Bevölkerungsgruppen sowie Auflistung nach Bundesländern), und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode umgesetzt, um Mindestbedienstandards mit öffentlichen Verkehrsmitteln im ländlichen Raum zu garantieren?

teilt die Bundesregierung nachträglich mit:

Wie angekündigt, wird nachfolgende ergänzende Antwort übermittelt.

Zur Auswertung bezüglich des Anteils der Bevölkerung im ländlichen Raum, die im Jahr 2020 in maximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im öffentlichen Verkehr (ÖV) am Tag wohnt, wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung die Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei angewandt (<https://literatur.thuenen.de/digbibextern/dn057783.pdf>).

Differenzierung der Kreisregionen anhand der Dimension Ländlichkeit (nach Thünen-Institut)	Anteil der Bevölkerung, die in maximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2020 in Prozent
sehr ländlich	80,6
eher ländlich	90,3
nicht ländlich	98,8
Land (nur sehr ländliche und eher ländliche Räume)	Anteil der Bevölkerung, die in maximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2020 in Prozent
Schleswig-Holstein	84,6
Niedersachsen	81,7
Nordrhein-Westfalen	90,1
Hessen	94,4
Rheinland-Pfalz	88,3

Land (nur sehr ländliche und eher ländliche Räume)	Anteil der Bevölkerung, die in ma- ximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2020 in Prozent
Baden-Württemberg	93,6
Bayern	75,8
Saarland	95,7
Brandenburg	84,6
Mecklenburg-Vorpommern	75,8
Sachsen	88,8
Sachsen-Anhalt	90,4
Thüringen	86,0

Landkreise mit dem höchsten Anteil angebundener Bevölkerung

Landkreise (nur sehr ländliche und eher ländliche Räume)	Anteil der Bevölkerung, die in ma- ximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2020 in Prozent
Enzkreis	98,2
Gießen	98,3
Karlsruhe	98,4
Neunkirchen	98,5
Tübingen	98,9

Landkreise mit dem geringsten Anteil angebundener Bevölkerung

Landkreise (nur sehr ländliche und eher ländliche Räume)	Anteil der Bevölkerung, die in ma- ximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, im Jahr 2020 in Prozent
Dingolfing-Landau*	29,1
Straubing-Bogen*	38,9
Cham	44,6
Rottal-Inn	48,4
Kronach	49,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	50,5
Lüchow-Dannenberg	50,7

* mögliche Untererfassung des ÖPNV, z. B. der Regelfahrten im Werksverkehr (BMW) und Angebote der Stadtwerke Dingolfing

Zu den Maßnahmen der Bundesregierung wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 1 bis 3, 5, 6 und 15 sowie 4 und 14 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/27546 verwiesen.

Berlin, den 15. Oktober 2021